

Empfehlungen der Kohlekommission: Fragen und Antworten

Die Kohlekommission hat ihre Empfehlungen für einen Kohleausstieg vorgelegt. Aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten ist dieser jedoch ein planwirtschaftlicher Irrweg, der Steuerzahler und Stromkunden jährlich Milliarden kosten wird, ohne das Klima entscheidend zu schützen. Zudem bedeutet der beschleunigte Ausstieg für die betroffenen Kohleregionen deutlich weniger Zeit, den Strukturwandel zu gestalten. Statt sich einseitig auf den Energieträger Kohle zu konzentrieren, brauchen wir beim Klimaschutz smarte und international abgestimmte Lösungen. Die FDP-Fraktion setzt daher auf einen verstärkten europäischen Emissionshandel. Wir beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

Was schlägt die Kohlekommission vor?

Die Kommission schlägt einen planwirtschaftlichen nationalen Alleingang beim Kohleausstieg vor. Bis 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland abgeschaltet werden. Das Datum soll 2032 erneut überprüft werden und kann dann im Einvernehmen mit den Betreibern auf 2035 vorgezogen werden. Schon in den nächsten drei Jahren sollen parallel zum Atomausstieg Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer Leistung von 12,5 Gigawatt vom Netz gehen. Bis 2030 sollen nur noch gut ein Drittel der heutigen Kohlekraftwerke in Betrieb sein. Die Energiekonzerne sollen dafür vom Staat entschädigt werden. Gleichzeitig soll der Ausbau von Erneuerbaren Energien und Gaskraftwerken weiter subventioniert werden. Die vom Kohleausstieg betroffenen Braunkohleregionen sollen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt erhalten, um den Strukturwandel zu gestalten.

Was kosten die Vorschläge?

Die Vorschläge sind vor allem eins: teuer. Zumal die Kommission einen Großteil ihrer Vorschläge noch nicht einmal mit Zahlen hinterlegt hat. In den nächsten 20 Jahren sollen Strukturhilfen von 40 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt an die vom Kohleausstieg betroffenen Bundesländer fließen. Hinzu kommen Entschädigungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber, deren Höhe noch verhandelt werden muss. Durch den Umstieg von Kohle- auf Gaskraftwerke wird der ohnehin hohe Strompreis in Deutschland weiter ansteigen. Im Gegenzug soll es Kompensationen aus dem Bundeshaushalt geben. Die Rede ist von einem Zuschuss zu den Netzentgelten von mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr ab

2023. Weitere Maßnahmen zum Schutz der energieintensiven Industrie sollen folgen. Die Medien sprechen von einem „Solidarpakt Kohle“, der insgesamt über 80 Milliarden Euro in den nächsten 20 Jahren kosten könnte.

Was ist daran problematisch?

Der Kohleausstieg kostet viel, bringt aber im internationalen Kontext für den Klimaschutz wenig. Das ist Symbolpolitik. Den betroffenen Kohleregionen bleibt durch die Empfehlungen zudem weniger Zeit, um den Strukturwandel anzugehen. Die Große Koalition darf die Versorgungssicherheit nicht gefährden und muss die Bezahlbarkeit sicherstellen. Ein weiteres Problem: Durch den Verzicht auf heimische, subventionsfreie Braunkohle machen wir uns abhängiger von Erdgasimporten, die beispielsweise aus Russland stammen. Neben steigenden Strompreisen für Verbraucher und Unternehmen drohen erhebliche Mehrkosten für den Steuerzahler. Vorschläge zur Gegenfinanzierung macht die Kommission jedoch nicht.

Was schlägt die FDP-Fraktion vor?

Wir stehen zu den Pariser Klimaschutzzielen, die jedoch nur international abgestimmt erreicht werden können. Statt ideologischer Debatten will die FDP-Fraktion am eigentlichen Ziel arbeiten, die CO₂-Emissionen weltweit zu reduzieren. Dazu muss jede Tonne CO₂ möglichst überall und einheitlich mit einem Preis belegt werden. In Europa existiert hierfür mit dem Emissionshandel das passende Instrument. Diesen müssen wir verstärken und auf die Sektoren Wärme und Verkehr ausweiten. Der europäische Emissionshandel deckelt den CO₂-Ausstoß sektorenübergreifend und sorgt dafür, dass die Einsparziele zielsicher erreicht werden. Durch diesen marktwirtschaftlichen Ansatz wird CO₂ an der Stelle eingespart, wo es für Unternehmer und Ingenieure am kostengünstigsten zu machen ist. Allgemeine Technologieverbote sind nicht zielführend. Mit dem Emissionshandel erreichen wir effizient und europaweit den größtmöglichen Effekt für jeden eingesetzten Euro.

Wie geht es nun weiter?

Der Bericht der Kohlekommission ist nur eine Empfehlung an die Bundesregierung. Entscheidungen von solcher Tragweite müssen als Gesetze im Deutschen Bundestag beschlossen werden. Dazu hat die Bundesregierung bereits zwei Gesetze angekündigt. Die FDP-Fraktion wird darauf drängen, dass sie vorab ein Preisschild an diesen Kohleausstieg macht. Das Parlament muss wissen, welche finanziellen Risiken für den Bundeshaushalt bei einem vorgezogenen Kohleausstieg drohen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerzahler nicht das Nachsehen haben werden.